

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Außerordentlicher Kreisparteitag am 19.06.2010 in Tönning

SPD-Ortsverein Breklum

Antrag: Kampf gegen Privatinsolvenz

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Anstieg der Zahl der Privatinsolvenzen ist erschreckend hoch. Der dabei in Kauf genommene gesamtwirtschaftliche Schaden ist meist wesentlich höher, als die Verpflichtung des Schuldners. Hinzu kommt sehr häufig der Verlust der gesellschaftlichen Bindung bis hin zum sozialen Scheitern.

Sozialdemokratische Politik ist es, diesen Menschen in Not so weit wie irgend möglich zu helfen. Dazu ist bei allen Geldinstituten ein Solidarfonds einzurichten. Alle Geldinstitute haben in Zukunft 5 % aller Zinseinkünfte in einen Solidaritätsfonds einzuzahlen. Den Schuldern, die unverschuldet in eine Notlage gelangten, sind aus diesem Fonds für die Dauer von zwei Jahren die Kosten für die Stundung aller oder eines Teils der Schulden zu bezahlen. Schuldenerlass bleibt Sache des Gläubigers.

Über die optimale Schuldenregelung entscheidet die zuständige Schuldnerberatung. Diese wird bis zu einem Betrag von jährlich 5 Euro pro vertretenem Einwohner ebenfalls aus dem Fonds bezahlt.

Begründung:

Immer mehr Menschen können Privatinsolvenzen nicht vermeiden. Zumeist geht es um kleine Beträge und um eine vorübergehende Liquiditätsschwäche, die von den Betroffenen selbst nicht überwunden werden kann. Sowohl Geldinstitute, wie auch die betroffenen Menschen müssen daran interessiert sein, solche schwierige Situationen gemeinsam zu überwinden.

Zugleich wird die finanzielle Grundlage der Schuldnerberatung gestärkt. Ein Fondbeitrag von 5 % auf die Zinseinkünfte gerechnet, ist einerseits für einen Kreditnehmer nahezu nicht bemerkbar und löst andererseits viele Schuldenprobleme.